



**„Weichen stellen für ein friedliches
und soziales Europa“**

"Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern."

(Artikel 3 Absatz 1 Vertrag über die Europäische Union)

Am 26. Mai 2019 findet die Wahl der Abgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland für das Europäische Parlament statt (Europawahl). In Deutschland sind 63,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt. Sie wählen 96 Europaabgeordnete aus Deutschland ins Europäische Parlament.

Die Wahl fällt in bewegte Zeiten. Globale Kräfteverhältnisse haben sich verändert. Antieuropäische Kräfte sind in vielen EU-Ländern sehr erfolgreich. Bewährte Bündnisse lösen sich auf. Der bevorstehende Austritt von Großbritannien aus der Gemeinschaft Ende März 2019 wie auch die Folgen der Finanz- und Flüchtlingskrise stellen die Europäische Union vor eine Bewährungsprobe. In vielen Mitgliedstaaten entsteht ein neuer Nationalismus, der letztlich die Europäische Union zerstören könnte.

Der SoVD kämpft seit 1917 für einen demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Aus der schmerzlichen Erfahrung der Unterdrückung unseres Verbandes während der Nazi-Diktatur wissen wir, dass Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Das erstreben wir auch für ein geeintes Europa. Wir sind der festen Überzeugung, dass es nur durch einen starken Zusammenhalt der EU-Länder gelingen kann, die aktuellen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Wohlstand

Unbestritten hat die EU dazu beigetragen, den Wohlstand vieler Europäerinnen und Europäer zu mehren. Allerdings hat die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 tiefe Spuren hinterlassen. Auch zehn Jahre nach der Lehman-Pleite ist die Arbeitslosigkeit, ganz besonders die Jugendarbeitslosigkeit, vor allem in Südeuropa hoch und verfestigt. Viele Staaten sind stark verschuldet. Zu dieser Entwicklung hat die rigide Sparpolitik der letzten Jahre maßgeblich beigetragen. Der Abbau der „Staatsschulden“ als eine Folge der öffentlich finanzierten Bankenrettung

wurde und wird mit Maßnahmen finanziert, die auf dem Rücken der Bevölkerung stattfinden. Diese Sparmaßnahmen haben viele nationale soziale Sicherungssysteme massiv gefährdet und für große Teile der Bevölkerung verheerende Auswirkungen mit sich gebracht. Besonders betroffen sind die südeuropäischen Mitgliedstaaten.

Ermutigender Weise gibt es auch Anzeichen der Erholung. Die Beschäftigung ist wieder im Aufwind, die Investitionen in Europa steigen. Nach wie vor ist die Europäische Union jedoch gekennzeichnet durch große Unterschiede der Mitgliedsländer bei Wohlstand, wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Staatsverschuldung. Mittelfristig muss es Ziel sein, diese Unterschiede zu überwinden. Denn eine gleichmäßige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Staaten der EU baut Wohlstandsunterschiede ab und ist eine Voraussetzung für gemeinsame Systeme sozialer Absicherung.

- 1. Die Dominanz der Finanzmärkte muss zurückgeführt, wirtschaftliche Ungleichgewichte und Ungleichverteilung müssen überwunden werden.*
- 2. Nur mit einer Abkehr von der rigiden Sparpolitik und einem Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa mit sozial ausgewogenen Zukunftsprogrammen können drohende Einbrüche in Wirtschaft, Beschäftigung und sozialer Sicherung bekämpft werden.*
- 3. Steuerdumping muss unterbunden werden. Alle Unternehmen, die in der EU Geschäfte machen, müssen zu angemessenen Steuerzahlungen herangezogen werden.*
- 4. Eine europaweite Finanztransaktionssteuer muss eingeführt werden – als Instrument für Verteilungsgerechtigkeit und für eine angemessene Beteiligung der Verursacher an den Kosten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise.*

Soziale Sicherheit

Europa hat den weltweit größten Binnenmarkt. Seit Gründung der Union ist die soziale und politische Integration aber stets hinter der wirtschaftlichen zurückgeblieben. Der SoVD setzt sich ein für ein Europa der sozialen Sicherheit, in dem Wirtschafts- und Sozialpolitik gleichgewichtig sind. Soziale Gerechtigkeit sichert Frieden und trägt entscheidend zur Stabilität Europas bei.

Dabei kann es aber weder heute noch in der nahen Zukunft um eine Vereinheitlichung der nationalen Systeme sozialer Sicherheit gehen. Der Grund liegt vor allem in der objektiv außerordentlich großen Verschiedenheit der nationalen Systeme, die historisch gewachsen sowie gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich bedingt sind. Eine Vereinheitlichung müsste vor diesem Hintergrund entweder die Wirtschaftskraft der weniger entwickelten Systeme überfordern oder das Sicherungsniveau der höher entwickelten Systeme absenken.

Das Recht auf Freizügigkeit hat bereits zu einigen Verbesserungen insbesondere für Menschen mit Behinderungen in der EU geführt. Für den SoVD ist klar, dass Barrierefreiheit nicht an Landesgrenzen enden darf. Der SoVD begrüßt und unterstützt daher Bestrebungen der EU, im Bahnverkehr, aber auch im Luft-, Bus- und Schiffsverkehr europaweit Barrieren abzubauen. Das Gleiche muss auch für den Zugang zu Waren und Dienstleistungen gelten.

1. Auf EU-Ebene müssen einheitliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung, Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Grundsicherungsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter Anwendung finden. Dabei müssen das Subsidiaritätsprinzip gewahrt und die konkrete Ausgestaltung der einzelnen Sicherungssysteme Kernkompetenz der Nationalstaaten bleiben.

2. Grundlage kann der Katalog von wesentlichen Grundsätzen der gemeinsamen Beschäftigungs- und Sozialpolitik in der Ende 2017 unterzeichneten Europäischen Säule Sozialer Rechte sein.

3. *Die europäischen Sozialfonds müssen so weiterentwickelt werden, dass sie bei sozialen Problemen in einzelnen EU-Mitgliedstaaten in Krisen unbürokratisch und zielgenau unterstützen können.*
4. *Für private Anbieter von Gütern und Dienstleistungen muss es EU-weit eine gesetzliche Verpflichtung zu Barrierefreiheit geben.*
5. *Entscheidungen auf europäischer Ebene dürfen nicht zu einer Verschlechterung sozialer Standards in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten führen.*
6. *Im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der EU zum 29. März 2019 darf keine neue Zone für Sozialdumping geschaffen werden, etwa indem der Marktzugang frei bleibt, ohne dass gemeinsame Mindeststandards gelten.*

Werteunion mit Grenzen

Die EU ist auch als Werteunion gegründet worden. Alle Mitgliedsländer haben sich verpflichtet, eine Gesellschaft anzustreben, in der Demokratie, Inklusion, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung selbstverständlich sind. Diese Werte prägen den europäischen Lebensstil.

Die EU muss sich durch Offenheit auszeichnen, nicht jedoch durch Beliebigkeit und Intransparenz. Europäerinnen und Europäer erwarten zu Recht, dass die EU sie und die gemeinsamen Werte schützt und beschützt. Die EU hat Grenzen. Sie hat ideelle Grenzen dort, wo ihre freiheitlichen und demokratischen Werte von Mitgliedstaaten infrage gestellt oder verletzt werden. Sie hat rechtsstaatliche Grenzen dort, wo Menschen in ihr Leben und gegen fundamentale Werte verstoßen. Sie hat physische Außengrenzen. Klar ist für den SoVD aber auch: Binnengrenzen innerhalb des Schengenraums der EU kann es nicht geben.

Die Herausforderungen durch Flucht und Migration stellen die europäische Partnerschaft und Solidarität auf eine harte Probe. Der SoVD setzt sich dafür ein, dass Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, in Deutschland und der EU uneingeschränkt Zuflucht finden. Menschen, die nach (inter) nationalem und europäischen Recht keinen Rechtsanspruch besitzen, in der EU zu leben, können zurückgeschickt werden.

Allerdings haben die EU und ihre Mitgliedsländer durch ihre Sicherheits-, Wirtschafts- und Umweltpolitik zur Entstehung von Krisen beigetragen, die ihrerseits wiederum zur Fluchtursache vieler Menschen wurden.

- 1. Die Mitgliedsländer müssen zur Einhaltung gemeinsamer Verabredungen und Werte verlässlich verpflichtet werden.*
- 2. Die EU-Staaten müssen Migration besser ordnen und steuern.*
- 3. Missbräuchliche Zuwanderung in die Systeme der sozialen Sicherheit muss unterbunden werden.*
- 4. Die EU muss ihre Außengrenzen besser schützen.*
- 5. Die EU muss stärker zur Vermeidung und Bewältigung humanitärer Katastrophen weltweit beitragen und Fluchtursachen bekämpfen.*

Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger

Europäische Demokratie und Werte können nicht von oben verordnet werden. Es braucht Reformen auf EU-Ebene, aber auch in vielen Mitgliedstaaten, die heute die EU als Sündenbock für eigene nationale Fehler missbrauchen. Die EU und ihre Institutionen müssen bei den Bürgerinnen und Bürgern stetig für Akzeptanz werben. Umfassende Möglichkeiten zur Mitwirkung der Menschen sind Voraussetzung und Ausdruck einer gelebten Demokratie.

- 1. Politische Entscheidungsprozesse in der EU müssen transparenter werden.*

2. *Informations- und politische Bildungsarbeit müssen intensiviert werden.*
3. *Demokratiedefizite müssen abgebaut und die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zur Mitwirkung ausgeweitet werden.*

Die Europäische Union ist seit vielen Jahrzehnten Garantin des Friedens und hat erheblich zum Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Die Welt von heute braucht mehr denn je ein geeintes und starkes Europa. Deutschland hat durch seine Größe und Stabilität eine besondere Verantwortung für Europa. Und ein starkes, florierendes Europa ist auch zum Vorteil Deutschlands.

Der SoVD tritt vor diesem Hintergrund und in Verantwortung seiner Geschichte dafür ein, die europäische Integration weiter zu vertiefen und dabei insbesondere die soziale Sicherheit der Europäerinnen und Europäer zu verbessern.

Er ruft seine Mitglieder und die Wahlberechtigten in Deutschland dazu auf, bei der Wahl am 26. Mai 2019 ein klares Signal für ein friedliches und demokratisches Europa zu setzen.

sovd.de | sovd-tv.de

**Sozialverband Deutschland e. V.
Abteilung Sozialpolitik
Stralauer Straße 63
10179 Berlin**

**Tel. 030 72 62 22-0
kontakt@sovd.de**

Verfasser: Abteilung Sozialpolitik